

Demokratische Partei und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie konnten trotz größter Anstrengung und enger Zusammenarbeit mit der Polizei und mit den Unternehmern diese Streiks nicht verhindern. Ebenfalls werden die neuen Notverordnungen erlassen, noch die Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu verhindern, daß die Metallarbeiter, die Chemie- und Textilarbeiter, sich unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Wehr setzen werden gegen den Lohnabbau mit der Waffe des Streiks.

Der Streik der Bergarbeiter des Ruhrgebiets hat die Kohlenbarone und die Brüningregierung gezwungen, von ihrem Vorhaben, die Bergarbeiterlöhne um 12 Prozent zu kürzen, Abstand zu nehmen. Die Bergarbeiter konnten den Lohnabbau noch nicht restlos verhindern, wie die Arbeiterklasse noch nicht die Notverordnungen verhindern kann, aber es ist offensichtlich, daß die Abwehrkräfte im Proletariat unter der Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition gewachsen sind, daß die kommunistische Partei im raschen Tempo ihren Einfluß im arbeitenden Volk vergrößert, daß die kommunistische Partei, wie das die Hamburger Wahlen und die jetzt beginnende Kritik in der SPD zeigen, in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei eingebrochen ist und die Sozialdemokratie, die feste Stütze des Brüningregimes, bedroht. Die Front der Bourgeoisie, einschließlich der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, wird in diesem Kampfe nicht härter, sondern schwächer. Die Differenzen im Lager der Bourgeoisie, die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen und Fraktionen werden als Ergebnis dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses größer. Der Kampf zwischen der Jugendergruppe einerseits und der Gruppe um Brüning andererseits wird heftiger. Alles das führt zum Sturz der Brüningregierung.

Die zweite Brüningregierung, mit deren Zusammenlegung Brüning von Hindenburg beauftragt worden ist, ist der Versuch, den Umbau der Brüningregierung zum Zwecke der Durchsetzung der faschistischen Diktatur in Deutschland vorzunehmen und sich dabei auch weiter auf die SPD zu stützen. Die Rolle dieser zweiten Brüningregierung wird die Rolle einer Übergangsregierung, die Rolle des Wegbereiters für die Jugendergruppe-Hitler-Regierung sein. Selbst der „Vorwärts“, der bedingungslos die Brüningregierung verteidigt und unterstützt hat und die zweite Brüningregierung ebenso unterstützen wird, muß das zugeben:

„Geht die Regierung Brüning in ihrer Zusammensetzung und mit ihrem Programm noch weiter nach rechts, so gerät sie in Gefahr, um des Lebens Willen den Sinn des Lebens zu verlieren. Kann und wird sie gegen rechts nicht kämpfen, so muß sie, nachdem sie eine Position nach der anderen preisgegeben hat, schließlich Jugenberg ganz das Feld räumen.“

Die Aufgabe, die der „Vorwärts“ der SPD stellt, ist: „Das Tempo dieser Entwicklung zu verlangsamen.“

Wie lange die zweite Brüningregierung am Ruder bleiben, ob ihr eine Jugenderregierung imstande sein wird, eine längere oder längere Atempause in dieser katastrophalen Krise des Kapitalismus und auf Kosten der Arbeiterklasse zu verschaffen, das ist eine Frage, die im wesentlichen abhängt von der Kraft des Widerstandes und des Gegenangriffes der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung. Die Arbeiter haben die Umorganisation im Jahre 1923 durch den Streik geführt, sie haben 1920 durch den Streik den Kapp-Putsch liquidiert. Die wichtigsten Gruppen der Arbeiter beginnen jetzt trotz der schändlichen Streikbrecherrolle der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gegen die Herabsetzung der Löhne zu streiken. Und keine Notverordnung kann verhindern, daß sich die Arbeiter mit der Waffe des Streikes gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzen. Wie die Dinge sich in Deutschland auch weiter entwickeln mögen, die einzige Garantie des Sieges der Arbeiterklasse ist ihre Geschlossenheit und Stärke, die sich in den weiteren Streikämpfen entwickelt.

Diese Stärke wird um so größer sein, je geschlossener und mächtiger die Einheitsfront aller Arbeiter unter der Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Kampfe gegen das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Krach in der Nürnberger SPD

In einer Funktionärerversammlung der SPD in Nürnberg kam es zu heftigen Protestkundgebungen gegen das Verhalten des Parteivorstandes. Als Thema der Versammlung war „Arbeitsbeschaffung“ angegeben worden. Trotz eines Antrages, über die letzten Ereignisse in der SPD zu sprechen, würgte der Versammlungsleiter jeden Versuch, zu den Vorgängen Stellung zu nehmen, energisch ab.

Der Referent erging sich in lahmten Erklärungen zum „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der Bourgeoisie und stellte sich vollständig auf den Boden der Brüningregierung. Im Anschluß daran machte er in Sowjethege.

In der Diskussion wandte sich der Vorsitzende des Bund, Stadtrat Wechsung, scharf gegen die Ausführungen des Referenten. Seine Erklärungen zeigten eine starke Sympathie für die Sowjetunion und den sozialistischen Aufbau. Der dornene Beschl, der auf keine Ausführungen folgte, bewies, wie wenig einverstanden die Funktionäre der SPD mit der Hege des Vorstandes sind. Nachdem von den weiteren Diskussionsrednern der Vorstand scharf angegriffen wurde, versuchte der Geschäftsführer des ZV, Kaufinger, für Brüning und gegen die Opposition zu sprechen.

Seine Ausführungen wurden stürmisch unterbrochen. Schließlich war kein Wort mehr zu verstehen. Unter dem Druck der erregten Funktionäre mußte er abtreten. Es wurde ein Mißtrauensantrag gegen Brüning und den SPD-Vorstand eingebracht, der jedoch von der Leitung einfach nicht zur Abstimmung gebracht wurde. Ein weiterer Antrag, der sich gegen den Nürnberger SPD-Vorstand richtete, wurde von der Versammlungsleitung nicht bekanntgegeben und keine Bekanntgabe dadurch verhindert, daß man dem Antragsteller das Wort verweigerte.

Erminister Wäntig verläßt SPD

Berlin, 8. Okt. (Eig. Bericht) Der frühere preussische Innenminister Wäntig hat seinen Austritt aus der SPD erklärt. Er begründete seinen Schritt mit einem Schreiben, in dem es heißt:

„In dem laufenden Jahr aber ist die SPD, die sich in Wort und Schrift nach wie vor zu dem Gedanken der Demokratie bekennt, tatsächlich dazu übergegangen, bei es in der Form der Isolierung von Maßnahmen der Reichsregierung, sei

Gegen neue UGP — für die Sowjetunion

Alles SPD-Mitglied organisiert Wahl eines Rußlanddelegierten

Von den auf den Aufruf des Bundes der Freunde der Sowjetunion bei dessen Leitung eingegangenen SPD-Arbeiterbriefen veröffentlichten wir den folgenden:

„Werte Genossen! Ich bin seit dem 15. Oktober 1923 in der Ortsgruppe Offenbach der SPD organisiert und heute noch im Rhein am Rhein der SPD angehörig. Gehöre seit 1919 dem Sattler-Tapezierer-Vereinsverband an. War man das Glaubens war, für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen. Jetzt freilich sieht man ganz klar, daß unter der heutigen Führung der SPD mit ihrer verfluchten Toleranzpolitik nie mehr als daran zu denken ist, daß der Sozialismus verwirklicht wird. Trotzdem glauben ich und noch viele meiner Genossen, daß wir von innen heraus die Partei auf den Boden der revolutionären Arbeit stellen könnten. Aber auch dieses zeigte sich als Trugbild. Statt dessen versucht der Führer der SPD, von Sendewitz, eine neue Partei aufzumachen, die von vornherein ein folgebarnes Kind sein wird. Und nicht nur das, es ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, das nicht genug gebrandmarkt werden kann. Und ich bin der festen Überzeugung, daß die von Sendewitz und Rosenfeld gegründete Partei von dem Parteivorstand bewußt gebildet wird, damit viele Tausende von uns am Uebertritt zur kommunistischen Partei gehindert werden. Das Verleihen der Sowjetunion, der grandiose sozialistische Aufbau unter der eiserne Führung der russischen Bolschewiken sind ein solch zwingender Beweis für die Richtigkeit der Politik in der Sowjetunion.“

Der Schreiber des Briefes beantragt dann „trotz Mitgliedschaft in der SPD“ Aufnahme in den Bund der Freunde der Sowjetunion und bittet um Mitteilung darüber, in welcher Weise er die Organisation der Wahl eines SPD-Delegierten in

die Hand nehmen soll, weil er glaubt, daß dann eine bessere propagandistische Wirkung für die Verteidigung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion unter den Mitgliedern seiner Partei möglich sei.

So wächst die Welle der Sympathie für die UGP und der Wille zur Verteidigung der UGP unter den SPD-Arbeitern. Die Delegation sozialdemokratischer Arbeiter nach der Demonstration für die UGP, für ihre Verteidigung, gegen alle Angriffe.

Dresdner UGP folgt dem Beispiel

U-GPler machen Schluß mit Wels und Sendewitz und kommen zum UGP

Den Uebertritten der UGP-Mitglieder in Leipzig-Klein- und Steinstraße folgen nunmehr auch Uebertritte von U-GPler aus anderen Teilen des Reiches.

Im Saargebiet sind erneut 10 U-GPler zum UGP übergetreten. Sie wollen nicht mit Wels, aber auch nicht mit Sendewitz und Rosenfeld gehen. Sie kommen zur einzigen sozialistischen Jugendorganisation, dem UGP.

Von Bedeutung sind die Uebertritte von U-GPlern in Braunsau. Hier, wo vor allem Erdstein Einfluß unter den U-GPlern besitzt, die sich zum großen Teil für die Zentralfunktionäre, lassen 4 U-GPler zum UGP über mit der Erklärung, wenn ich Schluß mit der SPD und UGP, dann aber auch endgültig, dann nicht zu Erdstein-Sendewitz, sondern zum UGP.

„Niemand mehr Herr in seinen vier Wänden“

Dresden, 8. Oktober. Die bürgerlichen Leipziger Neuesten Nachrichten von heute morgen schreiben zu der Verhängung des Belagerungszustandes u. a.:

„Aufgehoben wird die Freiheit der Person, aufgehoben wird das Verfügungsrecht über die Wohnung, niemand ist mehr Herr in seinen vier Wänden, aufgehoben wird die Freiheit der Meinungen, aufgehoben wird das Versammlungsrecht, aufgehoben wird das Vereinsrecht.“

Brüning in Macdonalds Büren

Berlin, 8. Oktober. (Eig. Meld.) Der Reichskanzler Brüning hat gestern nachmittag mit zwei Persönlichkeiten verhandelt, die er für sein neues Kabinett gewinnen will. Generaldirektor Dr. Schmitz von der IG-Farben soll das Reichsministerium übernehmen, und weiter wird bekannt, daß Prof. Warnebold das Amt des Wirtschaftsministers bereits angenommen hat.

In der Zeitung der „Nationalen“ heißt der Stahlhelm entsprechende Forderungen auf, daß die nationale Opposition an der Regierung beteiligt werden müßte; es soll also eine nationale Regierung nach englischem Muster gebildet werden.

Des weiteren sind vorgesehen für das Innenministerium Dr. Gehler, Staatssekretär Dr. Joel Justiz.

Redeverbot für Erich Weinert

Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion hielt Genosse Weinert im Auftrage der Jfa und der Partei in verschiedenen Städten Deutschlands Vorträge, in denen er über seine Reise in der Sowjetunion berichtete.

Jetzt wurde ihm schließlich auf seinem schließlichen Tournee verbot, zu sprechen. Als Grund wurde angegeben, daß für ihn in Preußen Redeverbot besteht. Bis jetzt ist ihm aber

darüber noch nichts von amtlicher Seite mitgeteilt worden. Es wird hier scheinbar dasselbe Verfahren angewendet, wie bei dem Verbot des Auftretens der Altproletarier, das ebenfalls ohne irgend eine gesetzliche Handhabe auf Grund eines Geheimbefehls erfolgt ist.

Nach seiner Rückkehr nach Berlin wurde Erich Weinert am 3. Oktober, früh um 6 Uhr, verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Weinert hatte seinen Vernehmungstermin nicht eingehalten, weil er sich auf Reisen befand, aber das Gericht rechtzeitig in Kenntnis setzte. Eine reine Schikane, die aber Standoff in das ganze Reich treiben muß.

Morgen, Freitagabend, spricht Genosse Weinert in Dresden im Reglerheim und Hammerhotel.

Fort mit der Notverordnung

fordert die kommunistische Partei

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Die dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1923 (R. G. Bl. 1 Nr. 67 vom Oktober 1923) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

127 Neuaufnahmen in Breslauer Massenberammung

Breslau, 7. Oktober. Gestern Abend fand im Schleichwerder eine große öffentliche Versammlung der KPD statt. In dieser Veranstaltung sprach über die politische Lage der Genosse Maria Reele. Die Versammlung war besucht von 3000 Teilnehmern. Es wurden folgende Ausnahmen gemacht:

- 127 Parteiaufnahmen,
- 17 Ausnahmen für die KPD,
- 14 für den Kampfband gegen den Faschismus,
- 9 Pioniere.

Die Versammlung zeigt, daß auch in der Hochburg der „Liften“ SPDler vom Schlage der Sendewitz, Rosenfeld und Erdstein, die kommunistische Partei marschiert und trotz des neuen UGP-Lebens wird sie zum Sammelboden aller ehrlichen Massenbewußten Arbeiter.

Der Afa-Kongreß abgeschlossen

In der Schlußsitzung des Afa-Kongresses am Mittwoch wurde eine Entschließung angenommen, in der der Kongreß einen Protest über das bisherige Zusammenwirken mit der Reichstagsfraktion zur Kenntnis nahm und die Haltung des Bundesvorstandes in der Frage der angeblichen parteipolitischen Neutralität billigte. Nach Erledigung einer großen Reihe von Anträgen wurde der „Afa“ SPD-Reichstagsabgeordnete Aufhäuser zum Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Stähr und Urban blieben im Amt.

Münchener SPD-Konferenz verhängt

Die kommunistische Tageszeitung „Münchener“, die „Neue Zeitung“, wurde am 7. Oktober bis zum 20. Oktober verboten.

Nachdem die „Neue Zeitung“ nach dem letzten langen Verbot erst wenige Tage erschienen war, erfolgt jetzt das neue Verbot. Systematisch wird die kommunistische Presse unterdrückt. Durch die neue Notverordnung wurden die Verbotsmaßnahmen ungeheuer verschärft. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiterklasse den Kampf um die Freigabe der kommunistischen Presse auf der ganzen Linie verstärkt.

Neues in Kürze

In Bad Salzungen wurden Massenhandlungen wegen Verdachts der Weiterführung des Roten Frontkämpfer-Bundes vorgenommen. Drei Parteifunktionäre wurden wegen Hochverratsverdachts verhaftet.

Im Arbeitsstreit zwischen den Unternehmern der Stahl- und Eisenindustrie, Gruppe Nordwest, und dem Metallarbeiterverband wurden für den 13. Oktober Schlichtungsverhandlungen festgesetzt.

Gegenüber den im Frühjahr 1923 stattgefundenen Gemeinderatswahlen hat die KPD in Riga 26 Prozent Stimmen gewonnen. Ufa in Riga erhält sie drei Mandate.